



Mag. Wolfgang Sobotka

REPUBLIK ÖSTERREICH
Nationalrat
Der Präsident

Wien, am 10. November 2021
GZ. 11020.0040/15-1.1/2021

ANFRAGEBEANTWORTUNG

Die Abgeordnete Julia Herr, Kolleginnen und Kollegen haben am 7. September 2021 an den Präsidenten des Nationalrates die schriftliche Anfrage 41/JPR betreffend Erweiterung der Arbeit des Budgetdienstes um klimaschutzrelevante Fragen gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1 bis 9:

Einleitend möchte ich betonen, dass Klimaschutz und die Erreichung der Klimaziele, zu denen sich Österreich verpflichtet hat, ganz zentrale politische Aufgaben der kommenden Jahre darstellen. Die fachliche Unterstützung des Parlaments bei der Bewältigung der großen ökologischen Herausforderungen, die auch mit bedeutenden budgetären Auswirkungen verbunden sein werden, ist mir daher ein großes Anliegen. Deshalb habe ich die in der Anfrage genannte Entschließung, die die Erweiterung der Aufgaben des Budgetdienstes um klimaschutzrelevante Fragen mitumfasst, im Nationalrat unterstützt und stehe dem Anliegen grundsätzlich positiv gegenüber.

Ich weise allerdings darauf hin, dass die Einrichtung des Budgetdienstes sowie auch die Festlegung des Umfangs seiner Aufgaben dankenswerter Weise im Konsens der parlamentarischen Klubs erfolgt. So beruhen die Einrichtung des Budgetdienstes, seine Aufgaben und die personelle Ausstattung auf einer Ausschussfeststellung des Budgetausschusses vom 11. November 2011 (1510 der Beilagen, XXIV. GP), die auf Basis einer vorausgegangenen Einigung der Kluboblate erfolgte.

Dieser Tradition folgend, erwarte ich in der gegenständlichen Frage daher mit Interesse eine diesbezügliche konsensuale Initiative der Klubs, die ich auch gerne entsprechend unterstützen werde.

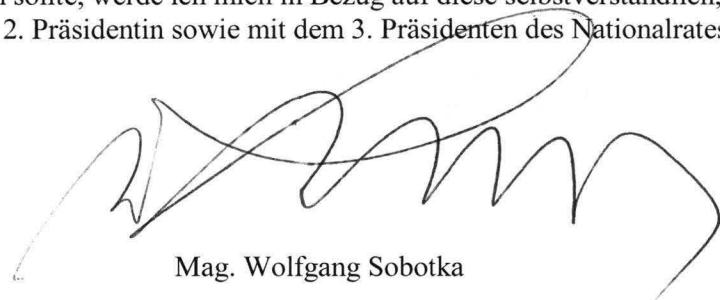
Hinsichtlich Vor- und Unterstützungsarbeiten zu diesem Projekt möchte ich an dieser Stelle noch festhalten, dass insbesondere die internationale Vernetzung des Budgetdienstes in den vergangenen Jahren stetig verbessert wurde.

Zur Frage nach der Etablierung eines „Treibhausgasbudgets“ und dessen Berücksichtigung in der Arbeit parlamentarischer Budgetdienste bietet sich an, internationale Partnerschaften in den Fokus zu rücken. Bei einer entsprechenden Einigung der Kluboblate können die so gewonnenen Erfahrungen gerne zur Verfügung gestellt werden.

Wenn es zu einer entsprechenden Einigung kommt, durch die dem Budgetdienst neue Aufgaben und Leistungsanforderungen zugeteilt werden, ist es durchaus möglich, dass dementsprechend auch zusätzliche Ressourcen notwendig werden, wenn die bisherige Aufgabenwahrnehmung des Budgetdienstes vollenfänglich beibehalten werden soll. Im Sinne einer ressourcenschonenden und effizienten Verwaltung wird insbesondere auch in diesen Fragen der aktive Informations- und

Wissensaustausch mit anderen öffentlichen Dienststellen im Weg der Amtshilfe maßgeblich zur Erfüllung der Aufgaben des Budgetdienstes beitragen.

Falls eine in Zukunft entsprechend getroffene Einigung budgetäre oder personelle Auswirkungen auf die Parlamentsdirektion haben sollte, werde ich mich in Bezug auf diese selbstverständlich, wie in § 14 Abs. 2 GOG vorgesehen, mit der 2. Präsidentin sowie mit dem 3. Präsidenten des Nationalrates ins Einvernehmen setzen.



Mag. Wolfgang Sobotka

